

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT

D. 89 — 445

19. DEZEMBER 1988. — Dekret über die Organisation der Berufsausbildung

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir Exekutive, sanktionieren es :

KAPITEL I. — Vergabe der Aufgaben der Berufsausbildung
an eine durch die Wallonische Region geschaffene Einrichtung

Artikel 1. Die Exekutive kann unter den in diesem Dekret festgelegten Bedingungen einer von der Wallonischen Region geschaffenen Einrichtung öffentlichen Interesses die Erfüllung der Aufgaben der Berufsausbildung anvertrauen, die in dem durch Artikel 4, § 1 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft für anwendbar erklärten Artikel 4, 16. des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen definiert werden, mit Ausnahme der Zuständigkeiten auf den Gebieten der Ständigen Weiterbildung des Mittelstandes und der Landwirtschaft.

Falls die Exekutive die vorgenannten Aufgaben einer von der Wallonischen Region geschaffenen Einrichtung öffentlichen Interesses anvertraut, werden das Personal und das Vermögen des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung der Einrichtung öffentlichen Interesses zur Verfügung gestellt, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Ausführung des Gesetzes vom 28. Dezember 1984 zur Abschaffung oder Neustrukturierung bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses übertragen worden ist.

Die Einrichtung erhält einen im Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingetragenen Zuschuß.

Art. 2. Vertraut die Exekutive einer von der Wallonischen Region geschaffenen Einrichtung öffentlichen Interesses die Erfüllung der Aufgaben der Berufsausbildung an, so schließt sie mit dieser Einrichtung eine mehrjährige Vereinbarung, Geschäftsführungsplan genannt, ab.

Art. 3. Die in Artikel 2 vorgesehene Vereinbarung ist dem Haushaltsplan der Einrichtung beizufügen. Die Exekutive bestimmt, nach welchem Verfahren der Geschäftsführungsplan ausgearbeitet wird, nach welchen Modalitäten er auszuführen ist und nach welchem Verfahren sie ihn angesichts der Erfordernisse der Ausbildungspolitik anpassen kann.

Der Geschäftsführungsplan betrifft unter anderem folgende Punkte :

1. die allgemeine Zielsetzung der Ausbildung, die für die kommenden drei Jahre organisiert werden muß;
2. die Mittel, die eingesetzt werden müssen, um diese Zielsetzung zu erreichen und insbesondere die Handlungsweise der Einrichtung hinsichtlich der Vergabe von Ausbildungsaufträgen und
3. die Auswertung und Verwertung der durch die Ausbildung erworbenen Kenntnisse im Rahmen der Stellenvermittlungstätigkeit der Einrichtung.

Der Geschäftsführungsplan muß in Zusammenarbeit mit der von der Wallonischen Region geschaffenen Einrichtung öffentlichen Interesses zu dem Zeitpunkt aufgestellt worden sein, zu dem die Exekutive den Haushalt des ersten Jahres, das er deckt, gebilligt hat. Falls der Geschäftsführungsplan nicht aufgestellt werden kann, gibt die Exekutive der Einrichtung die notwendigen Anweisungen zur Erfüllung der Berufsausbildungsaufgaben.

Der Geschäftsführungsplan wird an den Rat der Französischen Gemeinschaft weitergeleitet. Falls der Plan an dem in Absatz 3 erwähnten Termin nicht abgeschlossen ist, informiert die Exekutive diese Räte darüber.

Art. 4. § 1. Die Exekutive darf die in Artikel 1 definierten Berufsausbildungsaufgaben nur dann einer von der Wallonischen Region geschaffenen Einrichtung öffentlichen Interesses anvertrauen, wenn eine dem deutschsprachigen Gebiet eigene subregionale Arbeitsbeschaffungsdienststelle und ein subregionales Arbeitskomitee eingerichtet werden.

§ 2. Außerdem muß die Satzung der Einrichtung öffentlichen Interesses folgendes vorsehen :

1. die Möglichkeit, für Ausbildungsaufgaben auf Vertragspersonal zurückzugreifen;
3. eine dezentralisierte Struktur und insbesondere die Möglichkeit, auf subregionaler Ebene die erforderlichen Absprachen zwischen den Sozialpartnern und den Ausbildern herzustellen;
4. die Möglichkeit, sich an einer gemischtwirtschaftlichen Gesellschaft, deren hauptsächlicher Gesellschaftszweck die Berufsausbildung ist, zu beteiligen;
5. die Anwesenheit eines Kommissars, um die durch Artikel 9 und 10 des Gesetzes vom 16. März 1954 über die Kontrolle bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses vorgesehenen Befugnisse auszuüben und
6. eine Benennung des Amtes sowie der subregionalen Arbeitsbeschaffungsdienststelle, zuständig für das deutschsprachige Gebiet und mit Sitz in diesem, die ihre Zuständigkeiten im Bereich der Ausbildung verdeutlichen.

§ 3. Wenn die Exekutive Artikel 1 dieses Dekretes anwendet, unterliegt die Einrichtung hinsichtlich ihrer Zuständigkeiten in der Berufsausbildung der Aufsicht der Exekutive.

Unbeschadet des Artikels 8 übt diese ihre Aufsicht gemäß den Artikeln 9 und 10 des Gesetzes vom 16. März 1954 über die Kontrolle bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses aus.

Die Exekutive benennt ihren Kommissar auf Vorschlag des für die Berufsausbildung zuständigen Ministers.

§ 4. Wenn die Satzung der Einrichtung so geändert wird, daß die Bedingungen nach Artikel 4 nicht mehr erfüllt sind, wird die Entscheidung der Exekutive, diese Einrichtung mit der Ausführung der in Artikel 1 erwähnten Aufgaben zu betrauen, durch diese eine Änderung von Rechts wegen ohne Rückwirkung am 60. Tag aufgehoben, der auf das Inkrafttreten dieser Änderung folgt.

KAPITEL II. — Geschäftsführung und beratende Zuständigkeit der Einrichtung

Art. 5. Wenn die Exekutive beschließt, der Einrichtung die Ausführung der in Artikel 1 definierten Aufgaben anzuvertrauen, schließt sie mit der Wallonischen Regionalexekutive ein Übereinkommen über die folgenden Punkte :

1. die Ernennung des Präsidenten und der Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses;
2. die Ernennung des Generalverwalters und des beigeordneten Generalverwalters sowie die Festlegung ihres Statutes;
3. die Festlegung der Entschädigungen und Anwesenheitsgelder des Präsidenten und der Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses;
4. die Genehmigung der Geschäftsordnung;
5. die Organisation, Aufgabe und Verantwortung des subregionalen Arbeitskomitees der subregionalen Arbeitsbeschaffungsdienststelle in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

6. die Festlegung des Personalstatuts und des Stellenplans der Einrichtung sowie die Bedingungen des für das Funktionieren der subregionalen Arbeitsbeschaffungsdienststelle notwendigen Personals;

7. die Festlegung des jeweiligen Anteils der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wallonischen Region an den gemeinsamen Einnahmen und Ausgaben;

8. die dem Geschäftsführungsplan vorausgehende Konzertierung und

9. die Ausarbeitung der gemeinsamen Vorschläge, die die Exekutiven der Einrichtung hinsichtlich des Abschlusses des Geschäftsführungsplanes mit Bezug auf die gemeinsamen Dienste und Ausgaben unterbreiten.

Kommt binnen zwei Monaten, nachdem die Exekutive beschlossen hat, die Einrichtung mit der Ausführung der in Artikel 1 erwähnten Aufgaben zu betrauen, ein solches Übereinkommen nicht zustande, so erlischt diese Entscheidung der Exekutive von Rechts wegen ohne Rückwirkung.

Art. 6. Alle Vorschläge des geschäftsführenden Ausschusses zu Gesetzen, Dekreten oder Erlassen bezüglich der Berufsausbildung, die er anwenden muß, werden der Exekutive unterbreitet. Der geschäftsführende Ausschuss fügt seinen Vorschlägen einen Finanzierungsplan bei.

Der geschäftsführende Ausschuss gibt der Exekutive gegenüber Stellungnahmen zu allen Dekretvorschlägen oder Gesetzabänderungen, die dem Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgelegt werden, ab.

Art. 7. Die Exekutive unterbreitet dem geschäftsführenden Ausschuss zur Stellungnahme jeden Vorentwurf eines Dekretes oder einer Regelung bezüglich der Berufsausbildung oder des Stellenplans.

Der geschäftsführende Ausschuss hinterlegt ihre Stellungnahme binnen Monatsfrist.

Auf Antrag der Exekutive kann diese Frist auf zwanzig Kalendertage verkürzt werden.

Die Stellungnahme ist nach Ablauf der vorgeschriebenen Frist nicht mehr erforderlich.

Art. 8. Wenn der geschäftsführende Ausschuss es unterläßt, eine Maßnahme zu ergreifen oder eine durch die Gesetze, Dekrete und Erlasse oder den Geschäftsführungsplan vorgesehene Handlung durchzuführen, kann die Exekutive an seine Stelle treten, nachdem sie ihn dazu aufgefordert hat, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen oder die notwendigen Handlungen durchzuführen, und zwar innerhalb einer durch die Exekutive festgelegten Frist, die mindestens zwanzig Tage beträgt.

Das ist insbesondere dann der Fall, wenn die Maßnahme oder die Handlung aus dem Grunde nicht ergriffen bzw. durchgeführt werden kann, weil der Präsident feststellt, daß derselbe Tagesordnungspunkt in zwei Sitzungen nicht die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Nach Ablauf der zur Aufstellung des Geschäftsführungsplanes vorgesehenen Frist kann der geschäftsführende Ausschuss durch die Exekutive ersetzt werden.

Der geschäftsführende Ausschuss kann bei Handlungsunfähigkeit durch die Exekutive ersetzt werden, wenn:

1. die Vereinigungen der Arbeitgeber und diejenigen der Arbeitnehmer nicht die festgelegte Frist einhalten, obwohl sie regelmäßig aufgefordert werden, Kandidaten für den geschäftsführenden Ausschuss vorzuschlagen;

2. trotz ordnungsgemäßer Einladungen, der geschäftsführende Ausschuss durch die wiederholte Abwesenheit der Mehrheit der Vertreter der Arbeitgeber oder der Vertreter der Arbeitnehmer handlungsunfähig ist.

Jede durch die Exekutive anstelle der Einrichtung getroffene Entscheidung muß sofort dem Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft übermittelt werden.

Die Art der Geschäftsführung durch die Exekutive anstelle der Einrichtung in den vorgenannten Fällen wird durch die Exekutive bestimmt.

Art. 9. Bei gemeinsamen Beschlüssen der Exekutiven der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wallonischen Region muß jede Exekutive einen Erlaß ausfertigen.

In den gleichen Fällen wird jeder Vorschlag der Einrichtung gemeinsam dem Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zuständig für Berufsausbildung, und dem Minister der Wallonischen Region, zuständig für Stellenvermittlung, unterbreitet.

Art. 10. Dieses Dekret tritt in Kraft, nachdem den Gemeinschaften aufgrund der Artikel 12, § 1 und 13, § 1 des Gesetzes vom 28. Dezember 1984 zur Abschaffung oder Neustrukturierung bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses das Personal, das Vermögen und die Rechte und Pflichten hinsichtlich der Ausbildungsaufgaben übertragen worden sind.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, daß es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 19. Dezember 1988.

Vorsitzender der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

J. MARAITE

Gemeinschaftsminister für Ausbildung, kulturelle Animation und Medien,

B. FAGNOUL

Gemeinschaftsminister für Jugend, Sport, Erwachsenenbildung und Soziales,

M. GROSCH

—
TRADUCTION

—
COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 89 — 445

19 DECEMBRE 1988. — Décret portant organisation de la formation professionnelle

—
Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Exécutif, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE I

Attribution des tâches de formation professionnelle à un organisme créé par la Région wallonne

Article 1^{er}. L'Exécutif peut, aux conditions fixées par ce décret, confier à un organisme d'intérêt public créé par la Région wallonne l'exécution des tâches relevant de la formation professionnelle définies à l'article 4, 16^o de la loi spéciale de réformes institutionnelles du 8 août 1980 rendu applicable par l'article 4, § 1 de la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, à l'exception des compétences relatives à la formation permanente des classes moyennes et dans l'agriculture.

Si l'Exécutif confie les tâches précitées à un organisme d'intérêt public créé par la Région wallonne, le personnel et le patrimoine de l'Office national de l'Emploi sont mis à la disposition de l'organisme d'intérêt public transféré à la Communauté germanophone en exécution de la loi du 28 décembre 1984 portant suppression ou restructuration de certains organismes d'intérêt public.

Il est alloué à l'organisme un subside inscrit au budget de la Communauté germanophone.

Art. 2. Si l'Exécutif confie l'exécution des tâches de formation professionnelle à un organisme d'intérêt public créé par la Région wallonne, il conclut avec lui un accord pluriannuel appelé plan de gestion.

Art. 3. L'accord prévu à l'article 2 doit être annexé au budget de l'organisme. L'Exécutif fixe les modalités pour élaborer et exécuter le plan de gestion, ainsi que la procédure à suivre pour l'adapter aux exigences de la politique en matière de formation.

Le plan de gestion porte entre autres sur les points suivants :

1. les objectifs généraux de la formation à organiser pour les trois prochaines années;
2. les moyens à mettre en œuvre pour atteindre ces objectifs et en particulier la manière dont l'organisme procédera pour assigner des missions en matière de formation;
3. l'évaluation et l'exploitation des connaissances acquises par la formation dans le cadre de l'activité de l'organisme au niveau du placement.

Au moment où l'Exécutif approuve le budget de la première année couverte par le plan de gestion, celui-ci doit avoir été établi conjointement avec l'organisme d'intérêt public créé par la Région wallonne. Si le plan de gestion ne peut être établi, l'Exécutif donne à l'organisme toutes les indications nécessaires à l'exécution des tâches de formation professionnelle.

Le plan de gestion est transmis au Conseil de la Communauté française, au Conseil régional wallon et au Conseil de la Communauté germanophone. Si le plan n'est pas conclu à la date prévue au troisième alinéa, l'Exécutif en informe ces Conseils.

Art. 4. § 1. L'Exécutif ne peut assigner à un organisme d'intérêt public créé par la Région wallonne les tâches de formation professionnelle définies à l'article 1^{er} que si un service subrégional de l'emploi propre à la région de langue allemande et un comité subrégional de l'emploi sont créés.

§ 2. De plus, les statuts de l'organisme d'intérêt public doivent prévoir :

- 1^o la délibération commune des Exécutifs de la Communauté germanophone et de la Région wallonne sur les points visés à l'article 5, 6^o;
- 2^o la possibilité de recourir à des contractuels pour les tâches de formation;
- 3^o une structure décentralisée et notamment la possibilité de conclure au niveau subrégional des accords entre les partenaires sociaux et les formateurs;
- 4^o la possibilité de participer à une société d'économie mixte dont l'objet social principal est la formation professionnelle;
- 5^o la présence d'un commissaire pour exercer les compétences prévues aux articles 9 et 10 de la loi du 16 mars 1954 relative au contrôle de certains organismes d'intérêt public ainsi que
- 6^o une dénomination pour l'office et le service subrégional de l'emploi compétent pour la région de langue allemande et y ayant son siège, une dénomination qui permet de cerner leurs compétences en matière de formation.

§ 3. Lorsque l'Exécutif applique l'article 1^{er} de ce décret, l'organisme est soumis, en ce qui concerne ses attributions en matière de formation professionnelle, à la tutelle de l'Exécutif.

Sans préjudice de l'article 3, celui-ci exerce son contrôle conformément aux articles 9 et 10 de la loi du 16 mars 1954 relative au contrôle de certains organismes d'intérêt public.

L'Exécutif désigne son commissaire sur proposition du ministre ayant la formation professionnelle dans ses attributions.

§ 4. Si les statuts de l'organisme sont modifiés de telle sorte que les conditions découlant de l'article 4 ne sont plus remplies, cette modification abroge à elle seule, de plein droit et sans effet rétroactif, la décision de l'Exécutif de charger l'organisme d'exécuter les tâches définies à l'article 1^{er}, et ce, au sixième jour qui suit l'entrée en vigueur de cette modification.

CHAPITRE II. — *Gestion et compétence consultative de l'organisme*

Art. 5. Si l'Exécutif décide de confier à l'organisme l'exécution des tâches définies à l'article 1^{er}, il conclut avec l'Exécutif régional wallon un accord portant sur les points suivants :

- 1^o la nomination du président et des membres du comité de gestion;
- 2^o la nomination de l'administrateur général et de l'administrateur général adjoint ainsi que la fixation de leur statut;
- 3^o la fixation des indemnités et jetons de présence à allouer au président et aux membres du comité de gestion;
- 4^o l'approbation du règlement d'ordre intérieur;
- 5^o l'organisation, la mission et la responsabilité du comité subrégional de l'emploi du bureau subrégional de l'emploi de la Communauté germanophone;
- 6^o la fixation du statut du personnel et du cadre de l'organisme ainsi que la détermination du personnel nécessaire au fonctionnement du bureau subrégional de l'emploi;
- 7^o la fixation des parts respectives de la Communauté germanophone et de la Région wallonne dans les recettes et dépenses communes;
- 8^o la concertation préalable à l'établissement du plan de gestion, et
- 9^o l'élaboration de propositions communes que les Exécutifs soumettent à l'organisme en vue de la conclusion du plan de gestion relatif aux services et dépenses communs.

Si un tel accord n'est pas conclu dans les deux mois qui suivent la décision de l'Exécutif de confier à l'organisme l'exécution des tâches visées à l'article 1^{er}, cette décision est abrogée de plein droit, sans effet rétroactif.

Art. 6. Toutes propositions du comité de gestion quant à des lois, décrets ou arrêtés relatifs à la formation professionnelle qu'il doit appliquer sont soumises à l'Exécutif. Le comité de gestion y annexe un plan de financement.

Le comité de gestion adresse des avis à l'Exécutif quant aux propositions de décrets ou amendements à la législation présentés au Conseil de la Communauté germanophone.

Art. 7. L'Exécutif soumet à l'avis du comité de gestion tout avant-projet de décret ou de règlement relatif à la formation professionnelle ou au cadre du personnel.

Le comité de gestion rend ses avis dans un délai d'un mois.

A la demande de l'Exécutif, ce délai peut être ramené à vingt jours calendrier.

L'avis cesse d'être requis s'il n'est pas émis dans le délai prescrit.

Art. 8. Lorsque le comité de gestion néglige de prendre une mesure ou d'exécuter un acte prévu dans les lois, décrets et arrêtés ou dans le plan de gestion, l'Exécutif peut se substituer à lui après l'avoir enjoint de prendre les mesures ou d'accomplir les actes nécessaires, dans un délai fixé par l'Exécutif et qui ne peut être inférieur à vingt jours.

C'est notamment le cas lorsque la mesure n'a pas pu être prise ou l'acte accompli parce que le président constate que le point de l'ordre du jour n'a pas pu réunir la majorité des voix en deux séances.

A l'expiration du délai prévu pour l'établissement du plan de gestion, le comité de gestion peut être remplacé par l'Exécutif.

Le comité de gestion peut, en cas d'incapacité d'agir, être remplacé par l'Exécutif lorsque :

1° les organisations représentatives des employeurs et des travailleurs ne respectent pas le délai imparti bien qu'elles aient été invitées régulièrement à présenter des candidats pour le comité de gestion;

2° malgré une convocation régulière, le comité de gestion ne peut agir en raison de l'absence répétée de la majorité soit des représentants des employeurs, soit des représentants des travailleurs.

Toute décision prise par l'Exécutif en lieu et place de l'organisme doit être immédiatement transmise au Conseil de la Communauté germanophone.

Les modalités d'exercice du pouvoir de gestion par l'Exécutif en lieu et place de l'organisme dans les cas précités sont définies par l'Exécutif.

Art. 9. En cas de décisions communes des Exécutifs de la Communauté germanophone et de la Région wallonne, chaque Exécutif doit promulguer un arrêté.

Dans les mêmes cas, toute proposition de l'organisme est soumise à la fois au Ministre de la Communauté germanophone qui a la formation professionnelle dans ses attributions et au Ministre de la Région wallonne qui a le placement dans ses attributions.

Art. 10. Ce décret entre en vigueur dès que le personnel, le patrimoine ainsi que les droits et devoirs quant aux tâches de formation professionnelle auront été transférés aux communautés en vertu de l'article 12, § 1 et de l'article 13, § 1 de la loi du 28 décembre 1984 portant suppression ou restructuration de certains organismes d'intérêt public.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié par le *Moniteur belge*.

Eupen, le 19 décembre 1988.

Président de l'Exécutif de la Communauté germanophone,

J. MARAITE

Ministre communautaire de la Formation, l'Animation culturelle et des Média,

B. FAGNOUL

Ministre communautaire de la Jeunesse, du Sport, de la Formation des Adultes et des Affaires sociales,

M. GROSCH

VERTALING

DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 89 — 445

19 DECEMBER 1988. — Decreet houdende organisatie van de Beroepsopleiding

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Executieve, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I

Toewijzing van de taken van beroepsopleiding aan een door het Waalse Gewest opgerichte instelling

Artikel 1. Onder de in dit decreet vastgestelde voorwaarden kan de Executieve een door het Waalse Gewest opgerichte instelling van openbaar nut de uitvoering van de taken van beroepsopleiding zoals bepaald in het door artikel 4, § 1 van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap voor toepasselijk verklaard artikel 4, 16 van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen toevertrouwen, met uitzondering van de bevoegdheden op het gebied van de voortdurende vorming in de middenstand en in de landbouw.

Indien de Executieve de bovengenoemde taken een door het Waalse Gewest opgerichte instelling van openbaar nut toevertrouwt, worden het personeel en het vermogen van de Rijksdienst voor Arbeidsvoorziening ter beschikking gesteld van de instelling van openbaar nut die in uitvoering van de wet van 28 december 1984 tot afschaffing of herstructurering van sommige instellingen van openbaar nut aan de Duitstalige Gemeenschap is overgedragen.

Aan de instelling wordt een subsidie toegekend die is ingeschreven in de begroting van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 2. Wanneer de Executieve de uitvoering van de taken van beroepsopleiding aan een door het Waalse Gewest opgerichte instelling van openbaar nut toevertrouwt, sluit ze met de instelling een meerjarige overeenkomst, bestuursplan genoemd.

Art. 3. De in artikel 2 voorziene overeenkomst moet bij het begrotingsontwerp van de instelling gevoegd worden. De Executieve bepaalt de wijze waarop het bestuursplan opgesteld wordt, de modaliteiten van zijn uitvoering en de procedure volgens dewelke zij het plan met het oog op de vereisten van het opleidingsbeleid kan aanpassen.

Het bestuursplan betreft onder andere :

1. de algemene doelstelling van de opleiding die voor de komende drie jaar moet georganiseerd worden;
2. de middelen die in het werk moeten worden gesteld om deze doelstelling te bereiken en inzonderheid de handelwijze van de instelling wat de toewijzing van de opleidingstaken betreft;
3. de evaluatie en de toepassing van de door de opleiding verworven kennis in het kader van de bemoeiing van de instelling op het gebied van de arbeidsbemiddeling.

Het bestuursplan moet in samenwerking met de door het Waalse Gewest opgerichte instelling van openbaar nut zijn opgesteld op het ogenblik waarop de Executieve de begroting voor het eerste door dit plan gedekte jaar heeft goedgekeurd. Indien het bestuursplan niet kan worden opgesteld geeft de Executieve de instelling de nodige aanwijzingen om de taken van beroepsopleiding uit te voeren.

Het bestuursplan wordt aan de Raad van de Franse Gemeenschap, aan de Waalse Gewestraad en aan de Raad van de Duitstalige Gemeenschap doorgezonden. Indien het plan op de in het derde lid voorziene datum niet afgesloten is worden deze Raden er door de Executieve van verwittigd.

Art. 4. § 1. De Executieve mag de in artikel 1 bepaalde taken van beroepsopleiding slechts aan een door het Waalse Gewest opgerichte instelling van openbaar nut toevertrouwen indien een voor het Duitse taalgebied eigen subregionale tewerkstellingsdienst en een subregionaal arbeidscomité worden opgericht.

§ 2. Bovendien moeten de statuten van de inrichting van openbaar nut in het volgende voorzien :

1. de gemeenschappelijke beraadslaging van de Executieven van de Duitstalige Gemeenschap en van het Waalse Gewest over de in artikel 5, 6^o bedoelde punten;
2. de mogelijkheid om voor opleidingstaken een beroep te doen op contractuelen;
3. een gedecentraliseerde structuur en inzonderheid de mogelijkheid om op subregionaal vlak de nodige afspraken tussen de sociale partners en de opleiders tot stand te brengen;
4. de mogelijkheid van deelneming in een maatschappij van gemengde economie waarvan het hoofdzakelijk maatschappelijk doel de beroepsopleiding is;
5. de aanwezigheid van een commissaris om de bevoegdheden bedoeld in de artikelen 9 en 10 van de wet van 16 maart 1954 betreffende de controle op sommige instellingen van openbaar nut uit te oefenen alsmede;
6. de benaming voor de dienst en de subregionale tewerkstellingsdienst bevoegd voor het Duitse taalgebied en die daar zijn zetel heeft; een benaming die hun bevoegdheden inzake opleiding duidelijk maakt.

§ 3. Wanneer de Executieve artikel 1 van dit decreet toepast, is de inrichting — wat haar bevoegdheden inzake beroepsopleiding betreft — aan de toezicht van de Executieve onderworpen.

Niettegenstaande artikel 8 oefent deze haar toezicht uit overeenkomstig de artikelen 9 en 10 van de wet van 16 maart 1954 betreffende de controle op sommige instellingen van openbaar nut.

De Executieve benoemt haar Commissaris op voordracht van de minister bevoegd tot de beroepsopleiding.

§ 4. Worden de statuten van de inrichting zo gewijzigd, dat aan de voorwaarden voortvloeiend uit artikel 4 niet meer voldaan is, dan wordt de beslissing van de Executieve, de instelling met de uitvoering van de in artikel 1 bedoelde taken te belasten, door de wijziging van rechtswege zonder terugwerkende kracht op de 60e dag na het inwerkingtreden van deze wijziging opgeheven.

HOOFDSTUK II. — *Bestuur en raadgevende bevoegdheid van de instelling*

Art. 5. Wanneer de Executieve besluit de uitvoering van de in artikel 1 bedoelde taken aan de instelling toe te vertrouwen sluit ze met de Waalse Gewestexecutieve een overeenkomst over de volgende punten :

1. de benoeming van de Voorzitter en van de leden van het dagelijks bestuur;
2. de benoeming van de administrateur-generaal en van de adjunct-administrateur-generaal alsmede de vastlegging van hun statuut;
3. de vastlegging van de vergoedingen en de presentiegelden voor de Voorzitter en de leden van het dagelijks bestuur;
4. de goedkeuring van het huishoudelijk reglement;
5. de organisatie, de taak en de verantwoordelijkheid van het subregionaal arbeidscomité van de subregionale tewerkstellingsdienst in de Duitstalige Gemeenschap;
6. de vastlegging van het statuut van het personeel en van de personeelsformatie van de instelling alsmede de voorwaarden voor het personeel dat noodzakelijk is voor de werking van de subregionale tewerkstellingsdienst;
7. de vastlegging van de respectievelijke deelnemingen van de Duitstalige Gemeenschap en van het Waalse Gewest in de gezamenlijke ontvangsten en uitgaven;
8. het overleg dat het bestuursplan voorafgaat en
9. het uitwerken van de gemeenschappelijke voorstellen die de Executieven aan de instelling voorleggen ten aanzien van het afsluiten van het bestuursplan met betrekking tot de gezamenlijke diensten en uitgaven.

Indien binnen twee maanden nadat de Executieve heeft besloten, de instelling met de uitvoering van de in artikel 1 bedoelde taken te belasten, zo'n overeenkomst niet tot stand komt, vervalt die beslissing van rechtswege zonder terugwerkende kracht.

Art. 6. Alle voorstellen van het dagelijks bestuur betreffende door hem toe te passen wetten, decreten of besluiten over de beroepsopleiding worden aan de Executieve voorgelegd. Het dagelijks bestuur voegt een financieringsplan bij zijn voorstellen.

Het dagelijks bestuur brengt de Executieve adviezen uit over alle voorstellen van decreten of wijzigingen van wetten die aan de Raad van de Duitstalige Gemeenschap voorgelegd worden.

Art. 7. De Executieve legt aan het dagelijks bestuur alle voorontwerpen van decreet of van regeling betreffende de beroepsopleiding of de personeelsformatie voor advies voor.

Het dagelijks bestuur verstrekt zijn adviezen binnen een termijn van een maand.

Op aanvraag van de Executieve mag de termijn tot twintig kalenderdagen beperkt worden.

Het advies is niet meer noodzakelijk wanneer de voorgeschreven termijn verstreken is.

Art. 8. Indien het dagelijks bestuur het verzuimt, een maatregel te nemen of een in de wetten, decreten en besluiten of in het bestuursplan voorziene handeling uit te voeren, kan de Executieve zijn plaats innemen na het bestuur ertoe te hebben aangemaand, de nodige maatregelen te nemen of de nodige handelingen uit te voeren binnen een door de Executieve vastgelegde termijn die ten minste twintig dagen moet bedragen.

Dit is vooral het geval wanneer de maatregel niet kan worden genomen of de handeling niet kan worden uitgevoerd omdat de Voorzitter vaststelde dat eenzelfde punt van de agenda in twee zittingen niet de meerderheid van stemmen kon bereiken.

Na verstrijken van de voor het opstellen van het bestuursplan voorziene termijn kan het dagelijks bestuur door de Executieve worden vervangen.

Bij handelingsonbekwaamheid kan het dagelijks bestuur door de Executieve worden vervangen wanneer :

1. de werkgevers- en werknemersverenigingen de vastgestelde termijn niet naleven hoewel ze er regelmatig toe aangemaand worden, kandidaten voor het dagelijks bestuur voor te stellen;
2. het dagelijks bestuur — ondanks regelmatige uitnodigingen — niet in staat is te handelen wegens herhaalde afwezigheid van de meerderheid der vertegenwoordigers van werkgevers en werknemers.

Elke beslissing die in plaats van de instelling door de Executieve wordt genomen moet de Raad van de Duitstalige Gemeenschap onmiddellijk toegestuurd worden.

De wijze van bestuur door de Executieve in plaats van de instelling in de bovengenoemde gevallen wordt door de Executieve vastgelegd.

Art. 9. Bij gemeenschappelijke beslissingen van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap en van het Waalse Gewest moet elke Executieve een besluit afkondigen.

In dezelfde gevallen wordt elk voorstel van de instelling tegelijkertijd aan de Minister van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd tot de beroepsopleiding en aan de Minister van het Waalse Gewest bevoegd tot de arbeidsbemiddeling voorgelegd.

Art. 10. Dit decreet treedt in werking nadat krachtens artikel 12, § 1 en artikel 13, § 1 van de wet van 28 december 1984 tot afschaffing of herstructurering van sommige instellingen van openbaar nut het personeel, het vermogen alsmede de rechten en verplichtingen betreffende de taken van beroepsopleiding aan de gemeenschappen zijn overgedragen.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Gegeven te Eupen op 19 december 1988.

Voorzitter van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap,

J. MARAITE

Gemeenschapsminister van Vorming, Culturele Animatie en Media,

B. FAGNOUL

Gemeenschapsminister van Jeugd, Sport, Volwassenenvorming en Sociale Aangelegenheden,

M. GROSCH

MINISTERE DE LA REGION WALLONNE

F. 89 — 446

22 DECEMBRE 1988. — Arrêté de l'Exécutif régional wallon
abrogeant l'arrêté du 13 novembre 1986
relatif à la taxe sur certains transferts d'eau à l'extérieur de la Région

L'Exécutif régional wallon,

Vu le décret du 7 octobre 1985 sur la Protection des Eaux de surface contre la pollution;

Vu l'arrêté de l'Exécutif régional wallon 13 novembre 1986 relatif à la taxe sur certains transferts d'eau à l'extérieur de la Région.

Vu l'arrêt n° 47 du 25 février 1988 de la Cour d'Arbitrage;

Vu l'avis du Ministre du Budget;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1^{er}, modifié par la loi du 8 août 1980;

Vu l'urgence;

Considérant qu'il importe de retirer au plus tôt des dispositions qui n'ont plus de fondement légal suite à l'annulation par la Cour d'Arbitrage des articles 32 à 35 du décret de la Région wallonne du 7 octobre 1985 sur la Protection des Eaux de surface contre la pollution;

Sur la proposition du Ministre de la Tutelle, des Travaux subsidiés et de l'Eau,

Arrête :

Article unique. L'arrêté de l'Exécutif régional wallon du 13 novembre 1986 relatif à la taxe sur certains transferts d'eau à l'extérieur de la Région est abrogé à la date du 25 février 1988.

Namur, le 22 décembre 1988.

Le Ministre-Président de l'Exécutif régional wallon
chargé de l'Economie et des P.M.E.,

B. ANSELME

Le Ministre de la Région wallonne,
chargé des Pouvoirs locaux, des Travaux subsidiés et de l'Eau,

A. COOLS